Inhalt

A. Einleitung 9

B. Der Verfassungsstaat in der Weltwirtschaftsgesellschaft 15

I. Das Traditionsfundament des Verfassungsstaates 15

1. Der Verlust des nationalstaatlichen Horizonts 15
2. Staat und Politik als Repräsentanten gesellschaftlicher Einheit 16
   a) Der Mensch als Selbstschöpfer 16
   b) Die liberale und die kommunitäre Freiheitsauffassung 17
   c) Individuelle Freiheitsrechte und Demokratie als institutionelle Formen der beiden Freiheitsvarianten .. 17
   d) Verfassung als Ausdruck gesellschaftlicher Einheit 18

II. Der Untergang des politischen Primats in der Weltgesellschaft 19

1. Die Entbehrlichkeit von Kollektiven in der selbstregulativen Wirtschaftsordnung 19
2. Übergang von der Konstellation geschlossener Staaten zur Wirtschaftsgesellschaft der einen Welt 20

III. Primat der Wirtschaft als Konsequenz der Globalisierung? 20

1. Gesellschaft als Zusammenhang eigenwilliger Funktionssysteme 20
2. Evolutionäre Führung des Wirtschaftssystems? 22

IV. Supranationalität als Ordnungsrahmen für den Wettbewerb politisch integrierter Gemeinschaften 23

V. Wirtschaftsliberalität als Freiheitsgarantie 24

VI. Die Unmöglichkeit bedingungsloser Wirtschaftsliberalität ... 26
1. Der Nachtwächterstaat als Zukunftsmodell? ... 26
2. Sicherung der Marktvoraussetzungen und Marktbedingungen ... 26
3. Marktsuprematie als Gegner kommunitärer Freiheit ... 27

VII. Kein starker Staat, aber ein Ensemble handlungsfähiger Staaten ... 30
1. Am Ende des neuzeitlichen Staatsparadigmas ... 30
2. Ein Modell offener Verfassungsstaatlichkeit ... 31
a) Art. 23 GG und sein Gebot der entwicklungsoffenen Strukturkongruenz ... 31
b) Die Unvereinbarkeit der Weltstaatsidee mit dem Demokratiekonzept ... 32
c) Offene Staaten als unentbehrliche Zurechnungspunkte demokratischer Verantwortung ... 33
d) Die Illusion der Geborgenheit in großen Staaten ... 34

VIII. Gewaltenteilung und institutionelles Gleichgewicht ... 36

IX. Grundrechte in offenen Herrschaftssystemen ... 38

X. Die innere Beziehung des Staates zur Wirtschaft ... 41
1. Selbstständige Geldwirtschaft als Voraussetzung moderner Staatlichkeit ... 41
2. Grenzen der Besteuerungsgewalt ... 42

XI. Standortwettbewerb und Steuergerechtigkeit ... 44

XII. Ausblick ... 49

C. Verschiebung oder Auflösung von Grenzen: Zur Bedeutung der Staatsgrenzen für das sich ausweitende Europa ... 51

I. Die Grenze als Voraussetzung für den modernen Staat ... 51

II. Die Staatsgrenze als kontingente Setzung neuzeitlichen Denkens ... 52

III. Die Überschreitung der neuzeitlichen Begriffsarchitektur ... 54

1. Herrschaftsausdehnung durch Auflösung von Staatsgrenzen 54
2. Die europäische Integration – gewagtes Spiel mit Staatsgrenzen 55

IV. Offene Staaten und ihre Grenzen 62

V. Die Verwandlung der materialen Staatsgrenze in eine Rechtszuordnungsgrenze 67

D. Die Europäische Grundrechtscharta – Wertekonsens in Rechtsform 71

I. Werte – sakrosankter Gemeinschaftsglaube? 71

II. Politische und rechtliche Fragen einer Grundrechts-Charta 73

III. Verbindlichkeitsanspruch 74

IV. Die Bindungsrichtung der Charta – Wer ist der Verpflichtungsadressat? 75

V. Normenkontrolle am Maßstab der Charta 76

VI. Direkte Grundrechtsrüge vor dem EuGH? 77

VII. Kooperation der Verfassungsgerichte im überstaatlichen Verbund 78

VIII. Volksabstimmung über eine Grundrechts-Charta? – Plebiszite sind keine Akklamationseinrichtungen 79

IX. Flankierung der Grundrechts-Charta durch Anpassung organisationsrechtlicher Vertragsgrundlagen 80

X. Wachstum als Integrationsstrategie und Problem 82

XI. Wachstumssteuerung durch Grundrechtsbindung 82

XII. Risiken einer stärkeren Wertbindung der Gemeinschaftsgewalt 83

E. Ist die Staatswerdung Europas unausweichlich? 86

I. Die EU auf der Suche nach ihrer Identität 86

II. Zielvorstellungen der europäischen Einigung 87
1. Der Bundesstaat 87
2. Supranationalität als offene Herrschaftsform 88
III. Souveränität als alter und neuer Schlüsselbegriff 88
IV. Die Entwicklung der Gemeinschaftsorgane 98
V. Neues Denken für die Verfassung übernationaler Gemeinschaften 99

F. Die Möglichkeit von Verantwortungszurechnung in offenen politischen Systemen 100
I. Verantwortung in aller Munde 100
II. Verantwortung als Verfassungsstruktur 103
III. Das Instititutionelle der Verantwortungsidee 105
IV. Voraussetzungen wirksamer Verantwortungszurechnungen 108
V. Die geteilte Verantwortung: normatives Leitprinzip des kooperativen Verwaltungsstaates? 111
VI. Die Institution der Verantwortung als Grenze staatlich gelenkter Kooperation 113
VII. Verantwortung als Voraussetzung von Demokratie 116
VIII. Freiheit und Verantwortung – Nähe und Ferne 117

G. Der juristische Begriff des Politischen 120
I. Das Bild des Rechts von der politischen Welt 120
II. Carl Schmitt und sein politischer Begriff des Politischen 123
III. Der Bedarf nach einem Politikbegriff im Recht 126
IV. Staat und Weltgesellschaft 129
V. Öffentliche Gewalt, Demokratie und Recht 131

Literatur 139